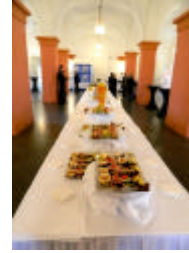


## Rückblick auf das 19. Bad Kreuznacher Verkehrs-Symposium

**Stuttgart 21! - ein Projekt verändert unsere Planungskultur!**

am Freitag, den **18. November 2011**, Kurfürstliches Schloss Mainz, Forstersaal



### Begrüßung

durch den  
1. Vorsitzenden der VSVI  
**Herr Dipl.-Ing. Bernd Hölzgen**,  
technischer Geschäftsführer  
*Landesbetrieb Mobilität  
Rheinland-Pfalz*

### Grußwort

Vertreter der Landesregierung  
Rheinland-Pfalz  
**Herr Jürgen Häfner**  
Staatssekretär  
*Ministerium des Innern,  
für Sport und Infrastruktur,  
Mainz*

### Grußwort

Vertreter der Landesregierung  
des Saarlandes  
**Herr Dieter Grünwald**  
Staatssekretär  
*Ministerium für Umwelt, Energie  
und Verkehr des Saarlandes,  
Saarbrücken*

### Grußwort der Stadt Mainz

**Frau Katrin Eder**  
Beigeordnete  
*Stadt Mainz  
Dezernat für Umwelt,  
Grün und Verkehr  
(Dezernat V)*

„Stuttgart 21 -  
ein Projekt verändert unsere Planungskultur!“

„Stuttgart 21“, ein Infrastrukturprojekt, das im vergangenen Jahr mit einem Protestpotential die Schlagzeilen beherrschte, wie es bei Projekten der Verkehrsinfrastruktur in der Vergangenheit kaum zu beobachten war!

Stand heute: die Arbeiten zum Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs laufen. Sie tun es auf der Grundlage eines überraschend deutlich positiven Entscheides der Bürger in Baden-Württemberg.

Also "viel Rauch um nichts?" - Mitnichten!

**Was bleibt ist die Erkenntnis, dass** - und dies gilt nicht nur für Großprojekte - **politisch Verantwortliche** mit ihren Planern **die Inhalte ihrer Entscheidungen frühzeitig, umfassend** und durch den gesamten Planungs- und Genehmigungsprozess **verständlich und dialogisch kommunizieren müssen**.

Der angestrebte Projektnutzen muss mit Beginn der Planungsarbeiten verdeutlicht und beworben werden, Mitwirkung im Prozess muss gar eingefordert und in den Ergebnissen dokumentiert werden.

Angepasst an die Bedürfnisse jedes einzelnen Projektgegenstandes muss es zur selbstverständlichen "Planungsaufgabe" werden, festzulegen, wie ein sinnvoller Dialog aussehen kann, die Instrumente hierfür zu schaffen, die Ergebnisse zu dokumentieren und gleichzeitig deren Verbindlichkeit und die Einhaltung eines angemessenen zeitlichen Rahmens für den Planungsprozess zu gewährleisten.



### DIE VORTRÄGE:

„Planungsrecht und Bürgerbegehren -  
- Gibt es eine Schnittmenge?“  
Herr Prof. Dr. Bernhard Stüer,  
Honorarprofessor an der Universität Osnabrück



„Die Rolle des Wutbürgers im  
demokratischen Planungsprozess“  
Frau Mariam Lau,  
Korrespondentin DIE ZEIT, Hamburg



„Möglichkeit basisdemokratischer  
Entscheidungen in der Planung“  
Herr Markus Maibach  
INFRAS AG, Zürich



„Liegt die Realisierung von Großprojekten  
in der Hand von PR-Beratern?“  
Herr Olaf Arndt Advisors in Communications GmbH,  
Berlin



„Planung der Krise - Ingenieur und  
Bürger müssen versöhnt werden!“  
Herr Prof. Dr. Dieter Rucht,  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH



### Fachdiskussionen ...



durch das Programm führte  
Herr Thorsten Link (bekannt durch den SWR)

### FAZIT:

Entgegen aller Unkenrufe: der in den letzten Monaten so viel zitierte Widerstand gegen politische Entscheidungen bedeutet nicht das Ende der Demokratie. Eine Vielzahl von Entscheidungen zu Infrastrukturmaßnahmen werden in großem Konsens und mit breiter Zustimmung der Bevölkerung getroffen. Einen erheblichen Anteil haben daran die in Deutschland gesetzlich festgeschriebenen Einflussmöglichkeiten des Bürgers. Diese reichen vom Recht der freien Meinungsäußerung (wie z.B. in Leserbriefen oder Bürgerinitiativen) bis hin zur Bürgerbeteiligung im Planfeststellungsverfahren. **Sie funktionieren grundsätzlich und haben sich im Laufe der Jahrzehnte bewährt.**

Aber es wäre fatal von Politik und Verwaltung, sich darauf zu berufen, selbstgefällig zurückzulehnen und im Glanze dieses Wissens zu sonnen. Denn die aktuellen Ereignisse lassen den Schluss zu, dass die **Grenzen dieses Systems erreicht sind**. Auch gute und zuverlässige Verfahren lassen sich verbessern, insbesondere, wenn sich Randbedingungen verändern. Dazu gehören zum Beispiel Informationsmöglichkeiten, die es vor einer Generation noch gar nicht gab, denken wir an Handys, das Internet und soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter.

Die Erfahrungen aus den aktuellen Bürgerprotesten haben gezeigt, dass die **Öffentlichkeit wünscht, frühzeitiger und umfassender eingebunden zu werden**. Warum auch nicht? Wenn Planungsprozesse und -entscheidungen offengelegt und seriös dargelegt werden, wird dem Argument, dass Politik und Verwaltung am Volke vorbei planen, der Wind aus dem Segel genommen. Das sollte auch dem gesetzlich verankerten Selbstverständnis von Politik und Verwaltung entsprechen, sind sie doch kein „geheimes Bündnis“, sondern Sachwalter des Bürgerinteresses.

Auch in Zukunft wird es für Betroffene unbequeme Entscheidungen geben, aber die **Abwägung dorthin wird nachvollziehbarer und transparenter**. Nicht zuletzt wird dadurch auch die Verantwortung der Bürger steigen.

Die Akzeptanz von Entscheidungen ist zudem abhängig von der äußeren Form. **Stuttgart 21 hat gezeigt, dass die Sprache der Fachleute nicht verstanden wird**. Es bedarf nicht nur einer sauberen Planung, sondern diese muss auch leicht verständlich und ansehnlich verkauft werden. Der Ingenieur muss sich mit dem Gedanken vertraut machen, seine Projekte „zu bewerben und zu verkaufen“.

**Das Ziel zukünftiger Planungsverfahren muss es sein, dass am Ende eines Entscheidungsprozesses das Ergebnis akzeptiert und von allen Betroffenen anerkannt wird.**

**So kann „Stuttgart 21“ zu einer positiven Veränderung der Planungskultur führen und ein großer Schritt zum gegenseitigen Vertrauen von Planern und Betroffenen gemacht werden.**

– Arbeitskreis Verkehrspolitik, Herr Dipl.-Ing. M. Berg –

Die Veranstaltung wurde von der FGVSVI mitveranstaltet und unterstützt durch: